



Unsere Kreistagsfraktion DIE LINKE/Die PARTEI der VI. Wahlperiode: Felix Thier, Maritta Böttcher, Peter Dunkel, Prof. Dr. Rüdiger Prasse, Monika Nestler, Landrätin Kornelia Wehlan (DIE LINKE), Dr. Irene Pacholik, Anke Scholz, Judith Kruppa und Roland Scharp (v. l. n. r.). Auf dem Foto fehlt Heike Kühne.

GROSSE EINIGKEIT: HAUSHALT BESCHLOSSEN, KOMMUNEN ZUFRIEDEN

Zur Mai-Sitzung des Kreistages wurde der Haushalt für das Jahr 2022 an die Kreistagsmitglieder zur Beschlussfassung übergeben. In den zurückliegenden Wochen haben die Fraktionen bzw. die Ausschüsse des Kreistages die Zahlen geprüft und bewertet. Insbesondere der Haushalts- und Finanzausschuss hat mehrmals getagt und zuletzt auch die Hauptverwaltungsbeamten im Landkreis, also die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie den Amtsdirektor, eingeladen. Einige kamen der Einladung nach. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass in diesem Jahr keine der Kommunen in Teltow-Fläming gegen den Haushalt Einwendungen erhoben hat. Damit haben sich also alle mit dem Haushalt einverstanden erklärt. So war es für den Kreistag besonders leicht, in diesem Jahr sein Votum abzugeben: Es gab eine fraktionsübergreifende große Zustimmung. Lediglich von der AfD gab es vereinzelt Nein-Stimmen und Enthaltungen. Unsere Fraktion stimmte geschlossen mit Ja.

In dem Zusammenhang hat der Kreistag ebenso die Prioritätenliste der investiven Maßnahmen 2022 beschlossen. Auch hier war das Ergebnis deutlich: nur eine Enthaltung, ansonsten nur Zustimmung. Folgende Schwerpunkte wurden damit gesetzt:

1. Bildung und Schulen
 2. Wirtschaftsförderung
 3. Digitalisierung und IT-Sicherheit
 4. mehr- und überjährige Projekte
- über elf Millionen Euro gehen in den 1. Schwerpunkt. Davon profitieren u. a. das Gymnasium in Luckenwalde und Jüterbog sowie das Oberstufenzentrum mit seinen Standorten in Ludwigsfelde und Luckenwalde. Für die anderen Schwerpunkte seien hier exemplarisch weitere elf Millionen Euro für den Breitbandausbau in TF genannt. Knapp 1,6 Millionen Euro gehen in die Kreisstraßen, konkret in die Ortsdurchfahrten Danna, Gräfendorf bis Werbig, Langenlippsdorf-Oehna sowie in die Brücke »Krumme Lanke« in Rangsdorf. Der ÖPNV bleibt Schwerpunkt: Millionen gehen auch hier

wieder in das Busnetz im Landkreis. Zum Nachweis des Abwägungsprozesses zur Festsetzung der Kreisumlage hatte unsere Fraktion bereits bei der Haushaltseinbringung Anfang des Jahres klar gemacht, dass in dieser Darstellung klar der Abwägungsprozess für den Kreistag nachvollziehbar werden muss. Fakt ist, dass der Landkreis in den letzten Jahren gut 34 Millionen Euro investiert hat. Landesweit liegt TF damit im Mittelfeld. Im ersten Entwurf für 2022 fehlten 8,6 Millionen Euro für ein ausgeglichenes Zahlenwerk. Damit wäre eine Kreisumlage von 42,7 Prozent nötig gewesen. Im Jahr 2021 lag diese bei 37,5 Prozent. Maßgeblich für den hohen Finanzbedarf sind die aus den Fachämtern angemeldeten Bedarfe. Prognostiziert bis in das Jahr 2025 würde der Fehlbetrag damit auf gut 22 Millionen Euro ansteigen, so der Kämmerer, Johannes Ferdinand, bei der damaligen Haushaltseinbringung. Um dies zu vermeiden, werde die Kreisumlage wohl steigen müssen, so der Kämmerer damals.

Um im Jahr 2022 – und damit einem weiteren Corona-Krisenjahr – die Kreisumlage bei den zuerst vorgeschlagenen 40 Prozent vergleichsweise niedrig zu halten, wird in die Rücklage des Landkreises gegriffen. Vom Land Brandenburg hat der Landkreis bei den Schlüsselzuweisungen aber etwas mehr erhalten, als geplant: rund 4,4 Millionen Euro. Damit ist das Minus in der Kreiskasse geringer: Statt der erwähnten 8,6 Millionen fehlen noch rund 7,7 Millionen Euro. Hier greift der Landkreis in seine Rücklage, um die Kreisumlage für die Kommunen verträglich zu halten. Die Kreisumlage wurde mit dem nun beschlossenen Haushalt für 2022 bei 39,3 Prozent festgesetzt. Also noch einmal etwas geringer, als ursprünglich geplant.

Anke Scholz, Blankenfelde-Mahlow und **Felix Thier**, Luckenwalde, Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses für unsere Fraktion

IN DER KOMMUNE GEHT ES UM PRAKTISCHE LÖSUNGEN

Bei der 2019er Kommunalwahl in Niedergörsdorf hat sich auch wie im gesamten Land Brandenburg gezeigt, dass DIE LINKE an Akzeptanz unter der Bevölkerung verloren hat. Trotzdem hatte ich die zweitmeisten Stimmen erhalten. In unserer Gemeinde gehörten damals zwölf Bürger*innen unserer Partei an. Die altersmäßige Zusammensetzung zeigt deutlich, dass uns der Nachwuchs fehlt. Von den zwölf Genoss*innen waren vier unter 60 Jahre und noch beruflich aktiv. Vier Mitglieder sind gesundheitlich nicht mehr in der Lage gesellschaftlich aktiv mitzuarbeiten und die anderen vier Mitglieder haben das 70. Lebensjahr bereits überschritten. Dadurch war es sehr schwer, geeignete Kandidat*innen zu finden. Wir haben mit vielen Sympathisierenden das Gespräch gesucht. Viele Angesprochene bekundeten zwar ihre Unterstützung, aber nur Viola Heimke, Leiterin der Pflegestation »Fläminghaus« Niedergörsdorf, war bereit, auf der Liste unserer Partei zu kandidieren. Mit vielen neuen Abgeordneten und einer neuen Bürgermeisterin begann 2019 nun die Arbeit der Gemeindevertretung.

Wir zogen mit drei Mitgliedern in die Gemeindevertretung ein. Bernd Dieske, Viola Heimke und ich. Die Wertschätzung unserer Arbeit in den vergangenen Jahren zeigte sich in der Wahl unseres Genossen Dieske zum Vorsitzenden der Gemeindevertretung – ich wurde eine der Stellvertretenden. Die Absicherung der Aufgaben in den Ausschüssen wurde schwierig. In allen Versammlungen und bei Beschlussfassungen haben wir aber aktiv mitgearbeitet und unsere linken Positionen verteidigt. Unsere Stimme hat Gewicht. Doch die Arbeit wurde erschwert, als Viola Heimke auf Grund von arbeitsbedingter Belastung ihr Mandat niederlegte. Sie bleibt aber als sachkundige Einwohnerin für uns im Sozialausschuss. Klaus Pollmann rückte nach. Dann kam die Pandemie. Klaus Pollmann nahm ab sofort nicht mehr an den Sitzungen teil und per Video konnte vorerst keiner zugeschaltet werden. Nun ruhte die Verantwortung auf den Schultern von Bernd Dieske und mir. Um bei Aufgaben und Beschlussfassungen unsere linken Positionen auch einbringen zu können, bedurfte es großer Anstrengun-

gen. Wir suchten oft das Gespräch im Vorfeld mit den Mitgliedern der anderen Fraktionen (ausgenommen der AfD, die allerdings nach Austritt eines Abgeordneten keine Rolle mehr in der Kommunalpolitik in unserer Gemeinde spielt), um im Vorfeld bestimmte Probleme anzusprechen, damit wir für unsere Gemeinde die besten Möglichkeiten erreichen. Dann traten drei Mitglieder auf Grund der Personalquerelen unseres Landes- und Bundesvorstandes aus unserer Partei aus und Klaus Pollmann legte damit auch sein Mandat nieder. Nun musste wieder ein Nachrücker überzeugt werden. Obwohl auch Dirk Peukert nicht mehr Mitglied unserer Partei war, nahm er gerne das Mandat an. Aber auch in anderen Fraktionen gab es einige Wechsel. Wieder mussten Funktionen und Aufgaben verteilt werden. Unser Hauptanliegen war die Vorbereitung für die räumliche Verbesserung der Grundschule und des Hortes in Blönsdorf. Das haben wir erreicht. Auch auf die notwendigen Werterhaltungsmaßnahmen an den Kindereinrichtungen haben wir unser Augenmerk gelegt. Wichtig sind uns aber auch die sogenann-

ten freiwilligen Aufgaben, wie Aufrechterhaltung des Freibades Oehna und die Erhaltung unseres Kulturzentrum DAS HAUS. Dabei bekamen wir viel Gegenwind von einigen Abgeordneten der Bürgergemeinschaft, denen es oft nur um Wirtschaftlichkeit geht. Doch durch das gemeinschaftliche Auftreten der anderen Abgeordneten wurden die notwendigen Beschlüsse gefasst. Die Arbeit in der Gemeindevertretung ist für mich auch nach fast 50 Jahren Abgeordnetentätigkeit immer wieder neu und spannend.



Edeltraut Liese,
Fraktionsvorsitzende

GEMEINDE NIEDERER FLÄMING

MÜHSAM ERNÄHRT SICH DAS EICHHÖRNCHEN

Das wichtigste, was in der Gemeindevertretung Niederer Fläming der letzten Monate endlich zum Ergebnis geführt wurde, war der Beschluss über das Haushaltssicherungskonzept und die Haushaltssatzung für 2022. Damit wären, nach übergeordneter Bestätigung, eine wichtige Grundlage für die weitere Arbeit in der Gemeinde Niederer Fläming getan. Nach langer Wartezeit wurde nun endlich für die ersten vier Orte der Gemeinde ein Beschluss zur Schaffung von Bauland gefasst. Dieser Beschluss soll dann, hoffentlich schneller, auf andere Ortsteile erweitert werden. Leider lässt man dabei die Ortsvorsteher*innen, die sich in den einzelnen Orten am besten auskennen, außen vor.

Die Ausschreibungsunterlagen für den Ausbau der Dorfstraße 26–30 in Meinsdorf wurde auf den Weg gebracht.



Reinhard Siebert,
Gemeindevorsteher Niederer Fläming und Ortsvorsteher von Schlenzer

CHRISTIANE WITT

WÜRDIGE VERABSCHIEDUNG EINER KÄMPFERIN

Zum Abschied in den Ruhestand würdigte Landrätin Kornelia Wehlan (DIE LINKE) die scheidende Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte, Christiane Witt. Frau Witt war seit 36 Jahren Beschäftigte der Verwaltung und seit 2008 Beauftragte des Landkreises. Frau Witt war Netzwerkerin, Kämpferin, war immer mit viel Empathie unterwegs. Sie hatte Rückhalt in der Verwaltung und bei den Bürgerinnen und Bürgern. Sie war immer eine Person der klaren Worte und an den besten Lösungen interessiert. Veranstaltungen des Landkreises sind untrennbar mit ihrem Namen verbunden: Herbstkonferenzen, Runde Tische, diverse Feste. Sie war Ansprechpartnerin für alle und hat viele Sachen gestartet



und mit Leben gefüllt. Unsere Fraktion (als einzige) würdigte und dankte Frau Witt mit Blumen und einem Buch. In ihren Dankesworten vor dem gesamten Kreistag äußerte Frau Witt den Wunsch, dass der Kreistag bei der Nachbesetzung ihrer Stelle doch bitte versuchen möge, beide Aufgaben zu trennen. Es sollte eine beauftragte Person für Gleichstellung und eine für Integration geben. Das Themen- und Aufgabenfeld sei einfach zu umfangreich.

Felix Thier, Fraktionsvorsitzender

HALBZEIT IN DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG

Zweieinhalb Jahre sind seit der letzten Wahl der Stadtverordneten in Jüterbog vergangen. Diese Zeit war herausfordernd, brachte aber auch eine Entwicklung mit sich, die uns leicht optimistisch in die Zukunft blicken lässt. Dennoch war es bis vor Kurzem eher ein Kampf gegen Windmühlen. Aufgrund der gemeinsamen Stärke der Gegenfraktionen fiel es uns trotz der guten Zusammenarbeit mit SPD und dem Bürgerbündnis Jüterbog schwer, Anträge durchzubringen, da sie oft aus Mitläuferschaft auf Ablehnung stießen. Ohne zu überlegen wurden die Arme auf ein kleines Zeichen hin in die Höhe gestreckt, wie bei Marionetten. Diskussionen und Überzeugungsleistungen waren einseitig und oft unmöglich. Leider resultierten aus dieser Konstellation heraus Entscheidungen, die nicht gut für Jüterbog sind. Beispielsweise wurden interessierte Bürger*innen, die in Gremien, wie Jugend- oder Seniorenbeirat mitarbeiten wollten, aufgrund ihrer Nähe zu SPD, LINKE oder Bürgerbündnis nicht

gewählt. Stattdessen kamen Leute in die Gremien, die rein pro forma diese Plätze einnahmen und die Arbeit innerhalb dieser Beiräte eher behinderten oder mit Nichtanwesenheit glänzten. Dadurch ist es nun schon so weit gekommen, dass der Jugendbeirat, trotz vieler guter Ideen, eher auf der Stelle tritt, als etwas in Angriff zu nehmen. Es hapert an Ideen und Persönlichkeit. Aber auch die Durchschlagskraft der Stadt im Allgemeinen, wie beispielsweise in der Verwaltung, zeigt herbe Mängel. Dass die Stadt kein Geld hat, wird nun schon seit Jahren gepredigt. Dennoch gibt es keine Bewegung, um die Situation zu entschärfen. Vorschläge werden abgewunken, neue Wege werden gar nicht erst gesucht und auf Lösungsansätze wird vergeblich gewartet. Das einzige Pferd, auf das gesetzt wird, ist die Hoffnung auf Rechtsurteile, die nie oder erst in Jahren kommen würden. Dadurch soll bei Investitionen zum Beispiel im Kitabereich gespart werden und die nötigen Aufwendungen auf den

Landkreis geschoben werden. Hier stellt sich die Frage, wie diese Urteile überhaupt zustande kommen sollen, wenn einerseits niemand klagt und andererseits aufgrund der unterschiedlichen Auffassungen von Bürgermeister und Stadtverordneten eine Klage nie zustande kommen wird. Da bleibt nur das Wetter gegen den Kreis. Doch diese Strategie scheint nicht länger aufzugehen. Im letzten Vierteljahr sind vermehrt Stadtverordnete selber von der Kita- und Schulproblematik betroffen, da eigene Kinder oder Kinder von Freunden auf Kitaplätze angewiesen sind. Auch in Sachen Stadtentwicklung wurden Jüterboger Investor*innen in wichtigen Entwicklungsfragen übergangen, was zum Umdenken in der Bewertung der Arbeit innerhalb der Stadt führte. Viele der Stadtverordneten bilden sich endlich eigene Meinungen, sodass Streitgespräche wieder möglich sind, in denen Argumente die Hauptsache spielen. Natürlich geht es nicht darum, dass man in allen Punkten einig sein wird. Aber

offene Diskussionen erlauben einen weiten Blick auf Einzelthemen, die eine wahre Mehrheitsbildung nach sich zieht. Wir hoffen, dass sich dieser Trend weiterentwickelt und in Zukunft wahre Stadtpolitik betrieben werden kann, die den Menschen von Jüterbog und dessen Ortsteilen hilft.



Dr. Ulrike Anders,
Fraktion DIE LINKE, Jüterbog

DAHME AM RANDE DES SPECKGÜRTELS

Viele Angebote für Jung und Alt – und doch gibt es viele Baustellen in und um Dahme. Zu den größten zählt die Anbindung an den ÖPNV sowie der Ärzt*innen- und Fachkräftemangel.

Aber was die Bürger*innen zurzeit beschäftigt, ist **die Aufrechterhaltung der Schwimmbäder in Dahme und Wahlsdorf.**

Bisher glänzte das Bad der Stadt Dahme/Mark mit jeder Menge Badespaß für alle Generationen im Nichtschwimmerbecken oder im 48 m langen Schwimmerbecken. Die Sprungtürme, verschiedene Rutschen, Liegemöglichkeiten auf den begrünten Freiflächen sowie ausreichend Umkleiden und Sanitär-einrichtungen runden das Angebot ab. Dieses Angebot möchte die Stadt, für alle interessierten Bürger*innen des Amtsgebietes, aber auch für alle Besucher*innen von Außerhalb gern zugänglich machen. Doch leider kann momentan kein Termin für die Öffnung der Freibäder genannt

werden. Die Personalsuche nach qualifiziertem Fachpersonal und nach Rettungsschwimmer*innen gestaltet sich mehr als schwierig. Derzeit ist für beide Freibäder lediglich ein*e Rettungsschwimmer*in beschäftigt. Der eigens gegründete Schwimmbad-Ausschuss sucht seit Anfang des Jahres nach möglichen Lösungen. Die Stadt bietet interessierten Bürger*innen zudem die Möglichkeit, sich zur*m Rettungsschwimmer*in ausbilden zu lassen, wenn die entsprechenden Voraussetzungen dafür vorliegen. Solange keine Rettungsschwimmer*innen – auch als Nebenbeschäftigung – die Wasseraufsicht absichern, können die Bäder nicht öffnen!

Vielleicht ist es ja für den Einen oder Anderen – der diesen Artikel liest – interessant, dann schauen Sie doch mal auf die Homepage des Amtes Dahme/Mark.

Wo Licht ist – ist auch Schatten
Nach dem 2021 die Stadtverordneten für ein Mehrgenerationenhaus

in Niebendorf/Heinsdorf gestimmt haben, steht in Dahme eine 160 jährige Tradition, die Kita »Amalien Stift«, an einem Scheideweg. Das Amalienstift in Dahme ist einer der ältesten Kitas im Land Brandenburg. Spätestens im Sommer nächsten Jahres droht ihm die Schließung. Dann würden gleich mehrere Dutzend Krippen- und Kitaplätze wegfallen. Für die betroffenen Eltern drängt die Zeit – wohin mit den Kindern? 53 Plätze, davon 20 Hortplätze, stehen auf dem Spiel, Eltern, Träger und Verwaltungen müssen an einem Strang ziehen, um eine Lösung zu finden.

Hausärztemangel – Notstand in der Region Dahme

Auf Initiative des Zukunftsvereins Dahmer Land hatte das Amt Dahme/Mark zu einem Workshop eingeladen. In luftiger Atmosphäre der Dahmer Ballspielhalle diskutierten über 20 Teilnehmer*innen aus Politik, Verwaltung, Ärzteschaft und Gesundheitsberufen über den

medizinischen Notstand in der Region Dahme und was man dagegen tun kann.

Im Juli diesen Jahres geht nun einer von zwei Hausärzten in den Ruhestand. Eine*n Nachfolger*in gibt es nicht. In den kommenden Monaten sollen nun die, im Workshop gesammelten, Informationen zu einem Lösungskonzept verdichtet werden. Darüber werden die kommunalen Vertreter*innen der vier Kommunen des Amtes Dahme/Mark nach der Sommerpause befinden.

Es gibt viel zu tun.



Heike Kühne, Dahme/Mark

UNSERE INITIATIVEN UND ERFOLGE IN DER MAI-SITZUNG



Kreistag für Umdenken in der Waldbewirtschaftung des kreiseigenen Waldes

Der Landkreis ist Eigentümer von ca. 370 ha Waldfläche. Zur Feststellung des Ist-Zustandes wurde eine Forsteinrichtung erarbeitet. Unter Forsteinrichtung ist die periodische, mittelfristige (in der Regel zehnjährige) Planung für den Forstbetrieb, die der Erfüllung aller Waldfunktionen dienen soll, zu verstehen. Grundlage ist eine Zustandserfassung sowie eine kritische Würdigung der Waldentwicklung und des Betriebsvollzuges seit der vorangegangenen Forsteinrichtung.

Die Ergebnisse der Forsteinrichtung wurden den Mitgliedern des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt in der Sitzung im Herbst 2021 vorgestellt. Dabei wurden Vorschläge für eine zukünftige Bewirtschaftung unterbreitet. Als Ergebnis der im Ausschuss erfolgten Diskussion wurde festgelegt, dass für den Kreiswald verschiedene Szenarien für eine Bewirtschaftung erarbeitet werden sollen.

Diese Szenarien wurden den Mitgliedern des Ausschusses bei einer Vor-Ort-Exkursion im kreiseigenen Wald vorgestellt. Im Fazit der Exkursion wurde der Beschluss gefasst, dass die gewonnenen Er-

kenntnisse zur gewünschten Bewirtschaftung des Waldes ergänzend zur Forsteinrichtung und den gewählten Szenarien in Leitlinien festgeschrieben werden sollen. Die den Leitlinien zu Grunde liegende Bewirtschaftung ist eine Kombination aus den vorgeschlagenen Szenarien. Hier wird sehr stark auf eine naturnahe Waldbewirtschaftung abgestellt, bei der die künstliche Verjüngung nur im Einzelfall durchgeführt wird. Der Wald ist mehr als nur Holzlieferant. Das war unsere oberste Herangehensweise als Fraktion, als im Fachausschuss die Debatte zum Wie-weiter mit dem kreiseigenen Wald angestoßen wurde. Wald ist Erholungsort, Beitrag zum Klimaschutz, Lebensraum und Rohstofflieferant. Bei allen Punkten muss auf Nachhaltigkeit geachtet werden. Nicht zuletzt deshalb, weil wir uns als Landkreis eine Nachhaltigkeitssatzung gegeben haben. Und gerade die öffentliche Hand sollte beim Wald Vorbild sein und nicht Wirtschaftlichkeit und Gewinnmaximierung bei der Natur im Blick haben.

Den entsprechenden Beschlussvorlagen stimmte der Kreistag deutlich zu. Wir stimmten geschlossen mit Ja. Eine Nein-Stimme und wenige Enthaltungen gab es nur aus der AfD.



Mehrheit im Kreistag ist gegen einen Naturpark Baruther-Urstromtal

Unendliche Geschichte Naturpark Baruther Urstromtal? Nach über einem Jahr der öffentlichen Debatte war es aus unserer Sicht an der Zeit, nun die Entscheidung im Kreistag herbeizuführen. Ausschüsse befassten sich mit dem Thema, die Fraktionen haben dazu beraten.

Der Werdegang:

Unsere Fraktion hatte einen Antrag für einen Naturpark (NP) Baruther-Urstromtal in den Kreistag eingebracht. Einzelne Stimmen bezeichnen das Vorhaben als »Infrastrukturverhinderung« – was es aus unserer Sicht aber nicht ist. Durch einen NP kämen rechtlich keine neuen Restriktionen in das Gebiet, es handelt sich »nur« um eine Auszeichnung für die entsprechende Region, Stichwort Tourismus. Bereits bestehende rechtliche Vorgaben (Bundesnaturschutzgesetz, geschützte Landschaftsbestandteile, ...) unterliegen schon jetzt dem Schutzrecht und würden durch den NP nicht ausgeweitet, es gäbe keine zusätzlichen Restriktionen.

Im Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt war das Ganze mehrmals Thema. Vorschlag von uns dort war, den möglichen NP-Anrainerkommunen Am Mellensee, Baruth/Mark, Nuthe-Urstromtal, Jüterbog, Luckenwalde und Zossen die Möglichkeit zu geben, in ihren jeweiligen Kommunalparlamenten das Thema sachlich zu diskutieren. Im Ergebnis dessen gab es aus den Kommunen dreimal ein Ja und dreimal ein Nein.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt des Kreistages hat für unseren Antrag Ende letzten Jahres die Annahme empfohlen – bei

nur einer Nein-Stimme und einer Enthaltung.

Der Kreistag hat nun abschließend zum Thema beraten. Die Debatte verlief breit: so ziemlich alle Fraktionen meldeten sich zu Wort. Für unsere Fraktion sprach unser Vorsitzender, Felix Thier, und versuchte, noch einmal Sachlichkeit und Fakten in die Diskussion zu bringen. Am Ergebnis änderte dies leider nichts: unser Antrag wurde abgelehnt. In namentlicher Abstimmung, die wir beantragt hatten, votierten 14 Kreistagsmitglieder für einen möglichen Naturpark Baruther-Urstromtal (wir und die Grünen), 24 stimmten mit Nein, es gab vier Enthaltungen. Die Ablehnungen und Enthaltungen kamen primär von SPD, CDU, Bauernverband, FDP, AfD und BVB/Freie Wähler.



Familie van Beek, Jochen Berzbach

NS-Widerstandskämpferin: TF soll an Cato Bontjes van Beek erinnern

Mit unserem Antrag wollen wir erreichen, dass am Flugplatz Schönhagen, in der im Eingangsgebäude des Flugplatzes befindlichen Ausstellung zur Geschichte des Flugplatzes, auch an die Segelflugpilotin und Widerstandskämpferin gegen das NS-Regime, Cato Bontjes van Beek, erinnert wird.

Die Details und umfangreiche Begründung finden Sie in unserem Antrag: <https://kurzelinks.de/4wtf>. Die Kreisverwaltung hat unser Anliegen aufgegriffen und dazu einen eigenen Beschlussvorschlag formuliert. Den griffen wir auf und sehen ihn als gute Ausgangslage für den weiteren Debattenprozess zu dem Thema.

Der Kreistag stimmte unserem Anliegen geschlossen zu. Als einzige Person enthalten hat sich dabei ein Kreistagsmitglied der AfD.

Felix Thier, Luckenwalde, Vorsitzender

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Kreistag Teltow-Fläming · V. i. S. d. P.: Felix Thier · Redaktion: Maritta Böttcher, Felix Thier · Redaktionsschluss: 25. Mai 2022 · Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 Prozent Recycling
Auflage: 1.700 · Juni 2022, Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.